

Der Sozialdemokratische Pressedienst

teilt mit:

Hannover, 25. August 1948

Der Sozialpolitische Ausschuss der SPD tagte am 21. und 22. August in Bad Vilbel. Er fasste einstimmig folgende Entschliessung:

Der Sozialpolitische Ausschuss der SPD verweist mit Nachdruck auf die ausserordentliche Verschlechterung der Lebenshaltung breiter Schichten der Arbeiter, Angestellten und Beamten, des kleinen Mittelstandes, der Arbeitsbauern und vor allem der Rentner, Wohlfahrtsempfänger und Flüchtlinge durch den Fortfall ihrer schmalen Reserven beim Währungsschnitt und vor allem durch die unverantwortliche Wirtschaftspolitik des Besitz-Bürger-Blocks in Frankfurt.

Diese Millionen standen schon vor der Währungsreform an und oft unter der Hungergrenze. Jetzt werden sie in immer tieferes Elend gestossen. Der Sozialpolitische Ausschuss der SPD verlangt daher die folgenden durchgreifenden Sofortmassnahmen:

Rückführung des Preisspiegels auf einen tragbaren Stand durch
Beschneiden der Handelsepanne,
durch Verlangsamung des Selbstfinanzierungstempos,
durch Überprüfung der Kostenkalkulation
und durch scharfes Eingreifen gegen Preiswucher und Hortung.

Die zur Sicherung der Existenz der Arbeitenden und Arbeitsunfähigen unerlässlichen Bewirtschaftungen dürfen nicht gelockert werden und hätten nie gelockert werden dürfen.

Der Sozialpolitische Ausschuss der SPD verlangt des weiteren:
Freigabe der Lohn- und Gehaltsvereinbarungen,
Erhöhung der Sozialrenten und Wohlfahrtsleistungen
zum Ermöglichen eines Ausgleichs der durch wirklich unvermeidliche Kostensteigerungen erzwungenen Erhöhungen der Lebenshaltungskosten.

Eine weitere Entschliessung befasste sich mit der besonderen Notlage der alleinstehenden Frauen, Rentner und Unterstützungsempfänger. Es heisst darin u.a.:

"Es widerspricht jedem Grundsatz sozialer Gerechtigkeit, wenn bei Arbeitsplatzeinsparungen in Wirtschaft und Verwaltung in erster Linie Frauen abgebaut werden. Die Frauen haben heute vielfach die Sorge für sich selbst und Familienangehörige zu tragen. Es muss das Absinken in soziales Elend gerade für Witwen, Waisen, Kriegs- und Arbeitsopfer verhindert werden. Deshalb verlangt der Sozialpolitische Ausschuss von Gesetzgebung und Verwaltung weitgehenden Kündigungsschutz für erwerbstätige Frauen."

Schliesslich stellt der Sozialpolitische Ausschuss der SPD fest, dass auf der Sitzung des Wirtschaftsrates am 20.8.48 der Versuch des privaten Versicherungskapitals, Einfluss auf die neue Verwaltung für Arbeit zu erlangen, unverhüllt vorgetragen wurde. - Der Sozialpolitische Ausschuss der SPD begrüsst die nachdrückliche Verwahrung des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat gegen jede Einflussnahme privater Interessentengruppen auf die neue Verwaltung für Arbeit. (Bl/258)